

NEWSLETTER 06 Netzwerk Grundeinkommen

Grundeinkommen und christlich-soziale Werte

von Dr. Michael Schäfers

Leiter des Grundsatzreferates der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands

Grundeinkommen und „Kapitalismusdebatte“

Nach dem Tod von Papst Johannes Paul II. hat die Öffentlichkeit in einem erstaunlichen Ausmaß die Kritik der Soziallehre der Kirche an der kapitalistischen Wirtschaftsweise rezipiert. Selbst ältere Sozialzyklen – wie „Quadragesimo anno“ von 1931 – wurden in der politischen Diskussion herangezogen, um z.B. die Vermachtung von Wirtschaft und Gesellschaft zu kritisieren – versehen mit dem Segen höchster katholischer Autorität. Der deutsche Bundestag bot ein seltsames Schauspiel, griff doch SPD-Müntefering auf Aussagen der Soziallehre und gar urbiblische Bilder zurück, um seine Kapitalismuskritik zu legitimieren und damit eine öffentliche Diskussion vom Zaun zu brechen. Selbst die FDP wollte in Werte- und Bibelkenntnis dem nicht nachstehen und stellte ihre angeblich auch christlich „wertgebundene Politik“ in den Vordergrund. Bei soviel Engagement und Rückendeckung kann es nicht verwundern, dass ein Deutscher zum Papst gewählt worden ist...

Wie auch immer man die Kapitalismuskritik Münteferings beurteilen mag – als taktischer Versuch für die dann verlorene Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen noch den einen oder anderen Prozentpunkt einzufahren oder als ernst gemeinte Debatte, um den Wirtschaftsbossen die Leviten zu lesen, denen seitens der Regierung politische Steilvorlagen geliefert wurden, die aber weder zu Arbeitsplätzen noch insgesamt zu mehr Investitionen geführt haben -: Christlich-soziale Werte und Kapitalismuskritik rückten in der Öffentlichkeit näher zusammen. Nach Norbert Blüm und Heiner Geisler, nun auch Franz Müntefering. Der „Raubtier-Kapitalismus“ bzw. „Heuschrecken-Kapitalismus“ zieht die Politiker in den Bann. Christlich-soziale Werte – freilich z.T. in sehr eigenartigen Interpretationsmustern - haben als „kritisches Potential“ der Systemkritik Konjunktur.

Inwieweit hängt diese Diskussion und ihre Inhalte nun mit „Grundeinkommen“ zusammen? Die Grundeinkommensdebatte ist systemkritisch, zumindest in den Varianten, die keine neoliberale Verkürzung propagieren, Grundeinkommen also nicht als Ersatz für Sozialleistung, als Kürzungsinstrument sozialstaatlicher Leistungen oder letzte „Armenversorgung“ begreifen, also ein Grundeinkommen anstreben, das eigentlich keines ist. Die derzeitige Systemkritik bietet Ansatzpunkte, um christlich-soziale Werte und Prinzipien als Legitimation und Begründung für die Einführung eines Grundeinkommens (erneut) in die Debatte einzubringen.

Grundeinkommen in evangelischer und katholischer „Traditionsentwicklung“

In der Anfang der 1980-er Jahren – damals noch angestoßen durch die „neuen sozialen Bewegungen“ und den Arbeitskreis Sozialpolitik der Bundestagsfraktion der Grünen – geführten Debatte zum Grundeinkommen war es seitens der evangelischen Sozialethik u.a. Yorik Spiegel, der den Zusammenhang von garantiertem Mindesteinkommen und christlichen Grundwerten aufgegriffen hat.¹ Spiegel stellte – biblisch fundiert – drei Werte in den Mittelpunkt seiner Überlegungen: Gerechtigkeit, Gleichheit und Befriedigung von Bedürfnissen. Der evangelische Sozialethiker kommt zu einem sehr „zurückhaltenden“ Ergebnis und bezeichnet das garantierte Mindesteinkommen als „ein höchst ambivalentes Instrument sozialer Sicherung.“ Spiegel weiter: „Die Ambivalenz ist nur aufzuheben, wenn die Forderung nach garantiertem Mindesteinkommen verbunden wird mit der Forderung nach einer umfassenden Arbeitszeitverkürzung, die jedem, auch den Behinderten und Älteren, Anteil an der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ermöglicht.“² Damit war die Richtung vorgezeichnet, in die sowohl die evangelische als auch die katholische Sozialethik ihre Argumentationsmuster entwickelte: Der Zusammenhang von menschlicher Arbeit, Armut und Grundeinkommen.

Auf katholischer Seite war es in den 1980-er Jahren vor allem die Katholische Sozialakademie Österreichs, namentlich Lieselotte Wohlgenannt und Herwig Büchele, die ausgehend von christlich-sozialen Werten wie Freiheit, Eigenverantwortung, Gleichheit der Geschlechter usw. für ein Grundeinkommen ohne Arbeit plädierten. Gegenüber Arbeitszwang, Entmündigung und Systemkonformität setzten Wohlgenannt und Büchele vor allem auf das Freiheitsargument: „Ein Grundeinkommen (...) ermöglicht und stärkt

in vielen Fällen die ‚Freiheit wovon‘, die Freiheit von entmündigenden Abhängigkeiten und entfremdenden Instanzen, es garantiert aber nicht den menschenwürdigen und sozial verantworteten Vollzug der ‚Freiheit wozu‘, erweitert aber die Chancen, die Chancen des sich nach seiner Einsicht und seinem gewissen selbst bestimmenden Menschen.“³ An anderer Stelle heißt es: „Ein Grundeinkommen könnte uns alle freier atmen lassen und Chancen eröffnen zu einem positiven Wandel unserer Gesellschaft. Die Tatsache, dass so manche die Freiheit, die sich mit einem Grundeinkommen bietet, nicht nutzen werden, zählt zum Risiko und Wagnis der Freiheit.“⁴

Gemeinsam ist der evangelischen und katholischen Sozialethik, dass ein garantiertes Grundeinkommen als ein zentraler Bestandteil bzw. als eine Grundvoraussetzung für ein alternatives Gesellschafts- und Wirtschaftssystem angesehen wird, welches auf Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Teilhabe und Teilnahme an allen Formen der menschlichen Arbeit sowie einen öko-sozialen Umbau setzt. Grundsätzlich geht es dabei darum, sich stärker als bisher vom Leistungsprinzip zugunsten des Bedarfsprinzips abzuwenden, also der Bedarfsgerechtigkeit Vorrang vor der Leistungsgerechtigkeit einzuräumen. Gegen die Gefahr der Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt wird das Zusammengehen von Grundeinkommen und Beschäftigungspolitik eingefordert, eine Beschäftigungspolitik, die in erster Linie auf eine Umverteilung der Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzungen setzt.⁵

In der offiziellen katholischen und evangelischen „Amtskirche“ in Deutschland hat die Grundeinkommensdiskussion bisher nur wenig Resonanz gefunden, obwohl etwa im Konsultationsprozess, der im Vorfeld des sogenannten „Sozialwortes“ der beiden großen Kirchen⁶ durchgeführt wurde, von der kirchlichen Basis bzw. Sozialverbänden Grundeinkommenskonzept durchaus zur Diskussion gestellt wurden. Auch im Rahmen des „Dialogprozesses“, der dem „Sozialwort“ der christlichen Österreichischen Kirchen von 2003⁷ voraus ging, befassten sich viele Einsendungen mit einer bedarfsorientierten Mindestsicherung und einem allgemeinen Grundeinkommen.

Ausgehend von christlich-sozialen Werten sind es in den Kirchen gerade die engagierten oftmals kleinen „Basisbewegungen“, ökumenische Arbeitskreise, Arbeitsloseninitiativen und die (Sozial)Verbände – in der katholischen Kirche allen voran der BDkJ und die KAB – die eine ernsthafte innerkirchliche Diskussion zu alternativen Konzepten,

insbesondere zum Grundeinkommen, einfordern und damit dem auch innerkirchlich weit verbreiteten neoliberalen Kurs entgegen wirken. Mittlerweile sind diese Bewegungen ein wichtiger Bestandteil von Bündnissen und Netzwerken auf regionaler und überregionaler Ebene, die sich für die Einführung eines garantierten Grundeinkommens stark machen. Leider wird in der innerkirchlichen Öffentlichkeit dieses Engagement nur selten zur Kenntnis genommen.

Umso wichtiger ist es, dass diese Bewegungen auch innerkirchlich ihre Überzeugungsarbeit vorantreiben. Christlich-soziale Werte bilden hierfür eine zentrale legitimatorische und argumentative Basis, die zudem in der Zusammenarbeit mit anderen Dialogpartner deutlich machen, aus welchen Überzeugungen und Werthaltungen heraus sich Christinnen und Christen – bei allen notwendigen Differenzierungen – für die Einführung eines Grundeinkommens einsetzen. Viele Veränderungen in den „Amtskirchen“ sind in der Geschichte „von unten“ angestoßen worden. Insofern besteht also die Hoffnung, dass die Grundeinkommensdiskussion in den Kirchen nicht am Ende, sondern erst am Anfang steht. Mehr und mehr wird auch hier die Erkenntnis wachsen, dass der neoliberale Kurs in die Sackgasse führt und die Problemlagen nicht löst, sondern verschärft. Zunehmend Massenarbeitslosigkeit und soziale Spaltung und Ausgrenzung sind hierfür nur drei beredete Beispiele. Angesichts dieser und anderer ungerechter Entwicklungen wird den Kirchen selbst verstärkt die Frage gestellt werden, wie sie es denn mit der Umsetzung der von ihnen eingeforderten christlich-sozialen Werte halten. Dieser Frage wird man um der Glaubwürdigkeit der Kirchen willen nur dann „hinreichend“ beantworten können, wenn eine ernsthafte Diskussion über die Einführung eines garantierten Grundeinkommens nun verstärkt geführt wird. Wie gesagt: Es besteht Hoffnung!

¹ Vgl. Yorick Spiegel, Evangelische Sozialethik und garantiertes Mindesteinkommen, in: Thomas Schmid (Hg.), Befreiung von falscher Arbeit. Thesen zum garantierten Mindesteinkommen, Berlin 1984, S. 68-75.

² Ebenda; S. 75.

³ Herwig Büchele, Lieselotte Wohlgenannt, Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg zu einer kommunikativen Gesellschaft, hrsg. von der Katholischen Sozialakademie Österreichs, Wien, München, Zürich 1985, S. 72.

⁴ Ebenda, S. 110.

⁵ So z.B. die vom Nell-Breuning-Institut in Frankfurt initiierte Erklärung „Solidarität am Standort Deutschland - Eine Erklärung von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, Frankfurt a.M. 1994, S. 19.

⁶ Vgl. Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit. Wort des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland und der Deutschen Bischofskonferenz zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland, Hannover/Bonn 1997.

⁷ Vgl. Ökumenischer Rat der Kirchen in Österreich, Sozialwort des Ökumenischen Rats der Kirchen in Österreich, Wien 2003.